

Eurobonds sind die Refinanzierungskosten der Mitgliedsstaaten merklich gesunken. Das gemeinsame Budget der EU wurde erheblich ausgeweitet, unter anderem durch die Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer. Mit diesen Ressourcen konnte die Strategie eines intelligenten, nachhaltigen und inklusiven Wachstumsmodells umgesetzt und die Potenziale des Binnenmarktes besser genutzt werden. An die Stelle des zwischenstaatlichen Wettbewerbs ist eine übergeordnete Betrachtung der EU als eigenständiger und mächtiger Akteur zur Gestaltung der globalisierten Welt getreten. Die makroökonomische Überwachung wurde ergänzt durch einen Fonds zum Ausgleich und zur Beruhigung asymmetrischer Schocks. Zudem wurden der soziale Dialog und die Lohnverhandlungnetzwerke gestärkt, was zu einer besseren Abstimmung von Löhnen und Produktivität führte und vielen Regionen eine aufholende Entwicklung ermöglicht. Neue Abstimmungsmodalitäten zwischen Europäischem Parlament und den nationalen

Parlamenten, etwa in Form gemeinsamer Ausschüsse, bauen die demokratische Legitimation der EU aus und sorgen für eine Marginalisierung antieuropäischer und populistischer Tendenzen.

Welches Szenario das wahrscheinlichste und welches das wünschenswerteste ist, darüber gehen die Meinungen auseinander – quer durch Europa und oftmals auch quer durch politische Gruppierungen. Dies und der Faktor Zeit werden dafür sorgen, dass keines dieser idealtypischen Szenarien für die Eurozone im Jahr 2020 vollständig verwirklicht sein wird. Vorstellbar sind zahlreiche Übergangsszenarien, Sequenzen von Entwicklungen und unvorhergesehene Konsequenzen einzelner Entscheidungsfaktoren. Zur Reduktion der schwer durchschaubaren Komplexität des Krisengeschehens und zur Präferenzbildung der Bürgerinnen und Bürger – einschließlich der handelnden politischen Akteure – wohin die europäische Reise gehen soll, können die vier Szenarien für die Eurozone einen Beitrag leisten. ■

Wolfgang Schroeder

Soziale Marktwirtschaft 2.0

Die soziale Marktwirtschaft ist einerseits parteiübergreifendes Markenzeichen der deutschen Gesellschaftsordnung geworden. Andererseits verstehen alle etwas anderes darunter, weshalb sie heute eine der wichtigsten Kampfzonen der gegenwärtigen Gesellschaftspolitik ist.

Wolfgang Schroeder

(*1960) ist Professor an der Universität Kassel, Fachgebiet »Politisches System der Bundesrepublik Deutschland/Staatlichkeit im Wandel« (zur Zeit beurlaubt), gegenwärtig ist er Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Brandenburg.
wolfgang.schroeder@uni-kassel.de



immer mehr Menschen. Ein ausufernder Niedriglohnsektor, zunehmende Vermögens-, Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Chancenungleichheiten haben die Kritik an der gesamtgesellschaftlichen Leistungsfähigkeit der realen sozialen Marktwirtschaft verstärkt. Doch ist tatsächlich die Gesamtarchitektur der sozialen Marktwirtschaft, mit ihrer Bezugnahme auf wirtschaftliche, politische und soziale Ordnungsziele und Institutionen sanierungsbedürftig oder

»**W**ohlstand für alle« – an diesem Diktum Ludwig Erhards zweifeln

sind dies vielleicht lediglich einzelne Mechanismen, die die Kritik am System hervorgerufen haben? Oder handelt es sich gar nur um »gefühlte Ungerechtigkeiten«?

Die Grundphilosophie eines vielschichtigen Gebildes

Das deutsche Modell der sozialen Marktwirtschaft ist in den Zeiten des Kalten Krieges stark geworden und zeichnet sich durch Besonderheiten hinsichtlich der Wechselbeziehungen zwischen Märkten, starken gesellschaftlichen Organisationen, wie den Gewerkschaften, und dem Staat aus. Mit dem Modell Deutschland, dessen normativer ordnungspolitischer Rahmen die soziale Marktwirtschaft ist, handelt es sich analytisch betrachtet um eine institutionell flankierte Produktions- und Wachstumskonstellation, die nicht nur durch profilierte Selbstkoordinationsformen der Wirtschaft geprägt ist, sondern ebenso durch vielfältige Koordinationsstrukturen zwischen Ökonomie und Staat. Vor allem aber kennzeichnet die soziale Marktwirtschaft ein handlungsfähiger Staat, der eine innovative und produktive Ökonomie befördert, indem er Unsicherheiten bekämpft und seine BürgerInnen befähigt.

Die soziale Marktwirtschaft ist mithin ein vielschichtiges Gebilde, dessen konstituierende Elemente die Vorstellung einer zugleich dynamischen, produktiven und gerechten Gesellschaft sind. Insofern liegt es nahe, angesichts der auch international viel beachteten Produktivität der deutschen Ökonomie (von 2000 bis 2010 ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von etwa 10 % bei einem Rückgang der Realeinkommen von 3 %) die Gerechtigkeitsaspekte dieses Systems näher zu beleuchten. Zugleich liegt eine große Verwundbarkeit der sozialen Marktwirtschaft in ihrer nationalen Verengung, womit ihre zumindest europäische Verbreiterung gemeint ist.

Symptome der Fehlentwicklungen

Erstens: Ein Auseinanderdriften der Gesellschaft. Die bereits erwähnte Schieflage lässt sich anhand von Einkommens-, Vermögens- und Verteilungsindikatoren zeigen, Umfragen untermauern zudem die öffentliche Wahrnehmung, 69 % der Bürger sind überzeugt, dass Einkommen und Vermögen in unserem Lande nicht gerecht verteilt sind und soziale Gerechtigkeit eher auf dem Rückzug ist. 64 % sind der Meinung, dass soziale Gerechtigkeit in den letzten drei bis vier Jahren abgenommen hat. 77 % sprechen dem Staat die Aufgabe einer Grundsicherung zu, damit niemand in Not gerät (Allensbach 2013). Diese hohe Zustimmung betont nicht zuletzt die Bedeutung der staatlichen sozialen Sicherungssysteme für das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung neben den Möglichkeiten der Vorsorge aus eigenen finanziellen Ressourcen und der Unterstützung durch die Familie. Angesichts der Debatten um das Auseinanderdriften der sozialen Schichten in Deutschland ist dies mehr als ein Alarmsignal. Doch wie steht es um die »harten Fakten«?

Als wichtigste Einkommensquelle der privaten Haushalte in Deutschland gilt die Erwerbstätigkeit. Rund 23 % aller abhängig Beschäftigten beziehen einen Bruttostundenlohn, der unterhalb von zwei Dritteln des mittleren Stundenlohnes liegt (9,54 Euro/Stunde West, 7,04 Euro/Stunde Ost). Aktuell gibt es acht Millionen Niedriglohnbeschäftigte, wobei diese zwischen 1995 und 2010 laut IAQ-Report 2012-01 um 2,33 Millionen gestiegen ist. Auch eine Untersuchung des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung (DIW) kommt zu dem Schluss, Deutschland täte nicht nur »aus Gerechtigkeitsgründen, sondern auch im Interesse makroökonomischer Stabilität« gut daran, »das Rad der Umverteilung hin zu hohen Einkommen und Vermögen« zurückzudrehen. Während die Arbeitnehmerseite in Lohnzurückhaltung

strapaziert wurde, erfuhren die Einkünfte des oberen Viertels merkbare Zuwächse. Zwischen 2000 und 2010 gingen die Realeinkommen im Durchschnitt um etwa 4 % zurück. Vor allem das untere Viertel hat stark verloren und verfügt nun über weniger als ein Zehntel der Gesamteinkommen. (vgl. Wirtschaftsdienst 2/2013)

Bildungssystem und Arbeitsmarkt

Zweitens: Keine gerechten Bildungschancen. Der wichtigste Schlüssel zur Herstellung von Chancengleichheit ist ein für alle Mitglieder der Gesellschaft offener Zugang zu Bildung, um die Menschen zu befähigen, ihre Lebenschancen entsprechend ihrer Neigungen zu verwirklichen. Von Chancengleichheit im Bildungssektor sind wir aber leider weit entfernt.

Das deutsche Bildungssystem ist stark geprägt von sozialer Selektivität – ein Makel, den vergleichende Studien wie PISA hinreichend belegen. Der sozial-familiäre Hintergrund der Schülerinnen und Schüler – ganz ungeachtet ihrer kognitiven Fähigkeiten – bestimmt nach wie vor ganz entscheidend über deren Bildungserfolg. 88 % der Studienberechtigten aus einem akademischen Haushalt nehmen ein Studium auf, während es bei Arbeiterkindern deutlich weniger, nämlich 53 % sind. Erschwerend kommt hinzu, dass die soziale Vorauswahl bereits viel früher, nämlich beim Übergang in das Gymnasium stattfindet. Laut Angaben des DGB wächst rund jedes siebte Kind in einem Haushalt auf, der auf staatliche Transferleistungen angewiesen ist. Diese Kinder haben seltener Zugänge zu guter Bildung, Lebenschancen werden dadurch schwerer realisiert.

Als wissensbasierte Dienstleistungsgesellschaft, in der sich inzwischen fast so viele für ein Studium wie für eine berufliche Ausbildung entscheiden, geht somit enormes Potenzial verloren – auf ge-

sellschaftlicher wie auch auf individueller Ebene. Eine Ermittlung, auf die auch der Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung verweist, zeigt den Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft sehr deutlich: Von 100 Akademikerkindern besuchen 81 die Sekundarstufe II, von denen wiederum 88 % ein Studium aufnehmen (die Beteiligungsquote am Studium liegt also bei 71 %). Bei Kindern aus nicht akademischen Elternhäusern (»Arbeiterkinder«) sieht die Situation ganz anders aus: Lediglich 45 % erreichen die Sekundarstufe II, davon nehmen nur 53 % ein Studium auf, die Beteiligungsquote liegt hier also bei 24 % (Angaben des BMFSFJ).

Drittens: Entgleisungen auf dem Arbeitsmarkt. Gerade auf dem Arbeitsmarkt hat die zunehmende Flexibilisierung die Sorge um den sozialen Abstieg bis hinein in die Mittelschicht genährt. Ursächlich hierfür ist eine Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, die vor allem durch eine Erosion der Normalarbeitsverhältnisse (etwa 60 % aller Beschäftigten) gekennzeichnet ist. Der Trend zur atypischen Beschäftigung fällt bei Frauen deutlich stärker aus als bei den Männern. Fast die Hälfte der regulär teilzeitbeschäftigten Frauen und zwei Drittel der Mini-Jobberinnen würden die vereinbarte Arbeitszeit gern ausweiten. Ein durchaus beachtliches Arbeitszeitpotenzial, das sich auf diese Weise erschließen ließe vor dem Hintergrund der derzeitigen Fachkräftedebatte (IAB-Kurzbericht 9).

Neben den negativen Auswirkungen der Agenda-Politik ist die organisationspolitische Schwäche des korporativen Modells der Arbeitsbeziehungen mit ursächlich für die starke Ausdehnung des Niedriglohnsektors. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden ist es nicht gelungen, die strukturellen Veränderungen der Arbeitsmärkte, Unternehmen und Branchen in ihren Strukturen abzubilden. Im Jahr 2011 waren laut IAB-Betriebspanel Ost (Ergebnisse der 16. Welle 2011) nur 21 % der ost-

deutschen Betriebe tarifgebunden (Branchen- oder Haustarifvertrag), in Westdeutschland traf dies auf 34 % zu. Die Mitgliedschaft in einem Arbeitgeberverband ist im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte vom Regel- zum Ausnahmefall geworden. Hinzu kommt eine starke Tendenz zur Relativierung verbandlichen Handelns durch den Aufbau sogenannter OT-Verbände bzw. OT-Mitgliedschaften (ohne Tarifbindung). Da eine soziale Marktwirtschaft ohne starke gesellschaftliche Akteure, vor allem auf Arbeitnehmer- als auch auf Arbeitgeberseite, keine ausreichenden *checks and balances* hat, kann es keine gesamtwirtschaftlich ausgerichtete Koordination geben und das unterminiert mittelfristig auch die Funktionsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft.

Diagnose und Interventionsmöglichkeiten

Die dargestellten vielfältigen (Fehl-)Entwicklungen verdeutlichen, dass Deutschland seine Ressourcen zur Gestaltung einer gerechten Gesellschaft nicht hinreichend nutzt. Es kann als belegt gelten, dass es sich keineswegs um eine »gefühlte Ungerechtigkeit« handelt, sondern dass die von den Bürgern wahrgenommenen Ungerechtigkeiten und Befürchtungen mit den wesentlichen Fehlentwicklungen innerhalb des Systems der sozialen Marktwirtschaft übereinstimmen.

Nachhaltiges Wachstum gelingt nur über eine Revitalisierung einer egalitären Einkommens- und Verteilungspolitik, um die bestehenden ökonomischen Ungleichheiten wieder abzubauen. Hierzu gehören ordnungspolitische Korrekturen am Arbeitsmarkt ebenso wie eine soziale Steuerpolitik, die mittlere und untere Einkommenschichten entlastet sowie Investitionen in eine auf Chancengleichheit ausgerichtete vorsorgende Sozial- und Gesellschaftspolitik. Hierzu gehört aber auch eine

Strategie zur Stärkung der sozialpartnerschaftlichen Akteure, damit diese die ihnen zukommende Rolle im korporativen Modell der sozialen Marktwirtschaft wieder auszufüllen vermögen.

Ausgangsbasis für die Herstellung einer neuen Ordnung auf dem Arbeitsmarkt ist die Idee von einer inklusiven Arbeitsgesellschaft. Gemeint ist eine Gesellschaft, in der soziale Teilhabe auch in Zukunft vor allem über Erwerbsarbeit ermöglicht wird. Gesellschaftliche Teilhabe vollzieht sich dabei auf drei Ebenen: als Fähigkeit und Gelegenheit zur ökonomischen Existenzsicherung, in Gestalt der Zugehörigkeit zu sozialen Beziehungsnetzen und als reale Chance zur persönlichen Entfaltung durch Qualifizierung und beruflichen Aufstieg. Die Dominanz des Normalarbeitsverhältnisses ist nur über ordnungspolitische Reformen zurückzugewinnen. Diese muss auf eine Re-Regulierung atypischer Beschäftigung zielen und die vor allem im Bereich von Minijobs, Leiharbeit und Werkverträgen eingetretenen unerwünschten Wirkungen redigieren. Eine weitere dringend erforderliche arbeitspolitische Intervention gilt dem Niedriglohnsektor, vor allem über einen gesetzlichen, flächendeckenden und fairen Mindestlohn (von mindestens 8,50 Euro).

Ohne einen frühzeitigen Zugang zu Bildung unabhängig vom sozialen Hintergrund und Ressourcen wird auch der Zugang zu einer inklusiven Arbeitsgesellschaft nicht oder nicht hinreichend gelingen. Insofern ist es nur folgerichtig, mit einer vorsorgenden Gesellschafts- und Sozialpolitik so früh und wirkungsvoll wie möglich und unabhängig von den individuellen finanziellen und kulturellen Möglichkeiten Förderung zu leisten. Eine solche Interventionspolitik erfordert ein mehrdimensionales Handeln: Die Grundlage bildet ein leistungsfähiges integratives und inklusives Bildungssystem. Darüber hinaus bedarf es der Flankierung durch eine enge Verzahnung von Gesundheits-, Ar-

beits-, Bildungs- und Sozialpolitik, um eine verbesserte Qualität und Wirksamkeit sozialstaatlicher Leistungen zu erreichen. Dies muss ergänzt werden um eine verlässliche Kooperation zwischen Betroffenen und hauptamtlichen sowie ehrenamtlichen Experten im Sinne lebenslaufbegleitender, individueller Hilfen für alle Lebensalter. Eine vorsorgende Sozialpolitik gelingt jedoch nur mit der Befähigung seiner Akteure. Wertschätzung und die Anerkennung ihrer Leistungen, auch ausgedrückt durch eine attraktive Bezahlung und professionelle Arbeitsbedingungen, bilden hierfür die Grundlage.

Wie eine Revitalisierung gelingen kann

Die schwarz-gelbe Bundesregierung geriert sich im Wahlkampf gerne als verantwortlich für die »gute Situation auf dem Arbeitsmarkt«. Dass sie nicht gut für alle, sondern durchaus prekär für viele ist, zementiert die Spaltung dieser Gesellschaft. In der Tat haben wir in den letzten zehn Jahren eine schleichende Entwicklung zu einer größeren Einkommensspreizung erlebt. Das einstige Versprechen der sozialen Marktwirtschaft – durch Lohnarbeit sozial aufzusteigen – wird nicht mehr eingelöst, die Aufwärtsmobilität gestaltet sich heute schwerer und Abstiegsängste reichen bis weit in die Mittelschicht hinein. Chancengleichheit für Kinder ist mitnichten gegeben.

Die Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit liegen in Deutschland nicht oder nicht mehr im grundlegenden Umbau des Wirtschafts- oder Sozialsystems. Sie liegen stattdessen in der Weiterentwicklung des Modells Deutschland hin zu einer solidarischen und durch Chancengerechtigkeit und Sicherheit geprägten Gesellschaft. Es geht nicht um die komplette Neujustierung des Wechselspiels zwischen Staat und Markt, sondern um die Revitali-

sierung der Faktoren, die für den Zusammenhalt der Gesellschaft notwendig sind und die in den vergangenen Jahren an Kraft und Mut verloren haben. Nicht zuletzt geht es auch um die Wiederherstellung des Vertrauens der Bevölkerung in das Funktionieren der Ausgleichsmechanismen der sozialen Marktwirtschaft und damit auch des Glaubens an die Demokratie und Gestaltungskraft ihrer Akteure.

Eine soziale Marktwirtschaft zu entwickeln, die diesen Namen verdient, also Ausgleich, Beteiligung, Teilhabe und Chancen in größerem Umfang ermöglicht, das wird die Aufgabe der Zukunft sein. Dabei darf auch die kulturelle Dimension der sozialen Marktwirtschaft nicht ignoriert werden. Denn die einer normativen Ordnung inhärenten Werte und die in diesem Sinne tragenden Akteure sind nicht per Definition vorhanden. Sie leben vielmehr von vergangenen Substanzen, die erneuert und weiterentwickelt werden müssen, will man nicht den Verlust bestimmter notwendiger sozialer und innovativer Haltungen und Akteure riskieren. Die Sozialdemokratie ist die Partei, die von ihrer ideen- und strategieorientierten Ausrichtung das Rüstzeug hat, um die soziale Marktwirtschaft unter veränderten Bedingungen zu revitalisieren. Sie benötigt aber nicht nur die Ideen zur Synthese, sondern auch die Kraft zur Mobilisierung und zur Polarisierung, wo die Verhältnisse dies verlangen. Während die soziale Marktwirtschaft bislang im nationalen Kontext gedacht und praktiziert wird, ist es an der Zeit auch die europäische Dimension dieses Projektes stärker zu thematisieren. Denn ohne sie wird es keine Zukunft für die soziale Marktwirtschaft geben. Die Zeiten, in denen die soziale Marktwirtschaft in einem Land praktiziert werden konnte, sind vorbei. ■